

Rechnung 2011

Bericht der Regierung vom 20. März 2012

Inhaltsverzeichnis

1	Überblick	3
1.1	Ergebnis	3
1.2	Entwicklung von Aufwand und Ertrag	4
1.3	Entwicklung der Reserven	6
1.4	Beurteilung des Ergebnisses und Ausblick	7
2	Laufende Rechnung	9
2.1	Übersicht	9
2.2	Abweichungen zum Voranschlag	10
2.3	Abweichungen zur mutmasslichen Rechnung	13
2.4	Abweichungen zur Vorjahresrechnung	14
2.4.1	Personalaufwand	14
2.4.2	Sachaufwand	15
2.4.3	Passivzinsen	15
2.4.4	Staatsbeiträge	16
2.4.5	Übriger Aufwand	16
2.4.6	Steuerertrag	18
2.4.7	Vermögenserträge	20
2.4.8	Übrige Erträge	20
2.4.9	Globalkreditinstitutionen	22
3	Investitionsrechnung	25
3.1	Übersicht	25
3.2	Abweichungen zum Voranschlag	26
3.3	Finanzierung	27
3.3.1	Finanzierungsausweis	27
3.3.2	Selbstfinanzierungsgrad	27
4	Bilanz	29
4.1	Übersicht	29
4.2	Finanzvermögen	29
4.3	Verwaltungsvermögen	29
4.4	Eigenkapital	30
4.5	Verschuldung	30

5	Sonderrechnungen	31
6	Deckung des Rechnungsergebnisses	32
7	Antrag	33

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Rechnung 2011 mit nachstehenden Erläuterungen und Begründungen zur Genehmigung.

1 Überblick

1.1 Ergebnis

Im Vergleich mit der Vorjahresrechnung und mit dem Voranschlag (ohne Nachtragskredite) zeigt die laufende Rechnung 2011 folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Abweichung zum Voranschlag
Laufende Rechnung				
Aufwand	4 330.6	4 372.9	4 461.8	89.0
Ertrag	4 395.3	4 350.3	4 397.0	46.7
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4 170.3	4 225.3	4 272.0	46.7
Ergebnis vor Bezug freies Eigenkapital	- 160.3	- 147.6	- 189.8	-42.3
Bezug freies Eigenkapital	225.0	125.0	125.0	0.0
Rechnungsergebnis	64.7	- 22.6	- 64.8	-42.3
Investitionsrechnung				
Ausgaben	191.5	289.1	198.4	-90.7
Einnahmen	51.8	37.9	46.2	8.3
Nettoinvestition	139.7	251.1	152.2	-98.9
Eigenkapital (Stand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	718.2	570.6	528.3	-42.3
Besonderes Eigenkapital	521.8	491.2	467.1	-24.2
Gesamtes Eigenkapital	1 240.0	1 061.8	995.4	-66.4

Das Ergebnis 2011 der laufenden Rechnung fällt um 42.3 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert. Statt eines Defizits von 22.6 Mio. Franken weist die Rechnung ein Defizit von 64.8 Mio. Franken aus.

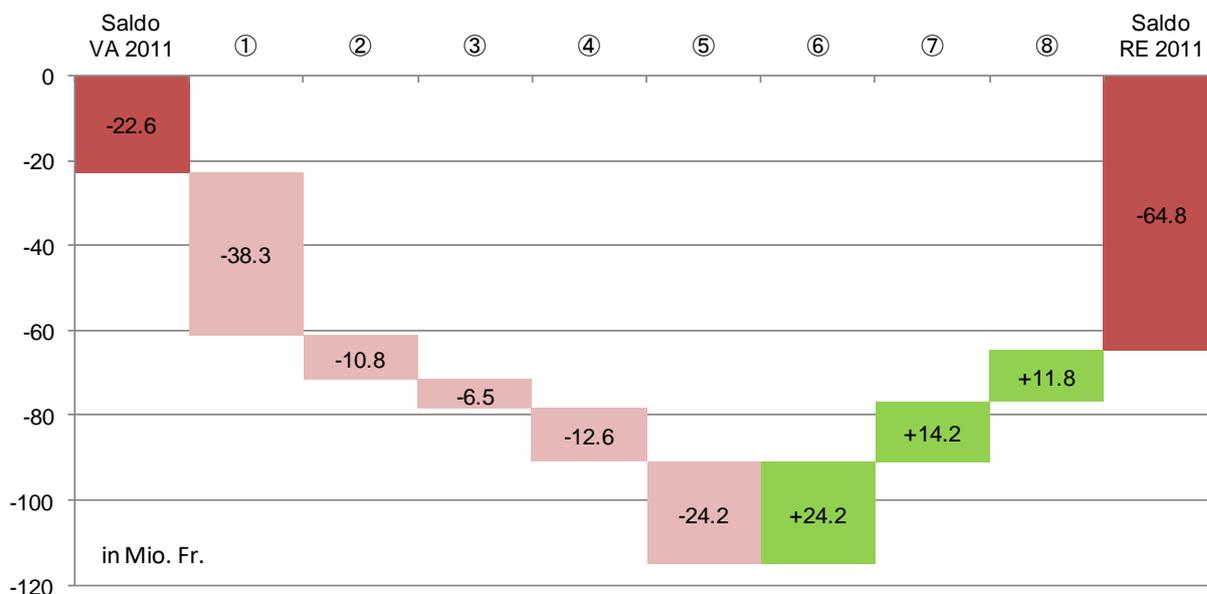
Im Lauf des Jahres 2011 hat der Kantonsrat Nachtragskredite im Umfang von 46.4 Mio. Franken beschlossen. Davon werden 24.2 Mio. Franken durch zusätzliche Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital und 10.6 Mio. Franken durch Bezüge aus dem Lotteriefonds gedeckt. Zählt man diese Nachtragskredite und Bezüge zum Voranschlag 2011 dazu, dann fällt das Rechnungsergebnis um 30.6 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert.

Das Defizit von 64.8 Mio. Franken enthält den budgetierten Bezug aus dem freien Eigenkapital im Umfang von 125 Mio. Franken. Folglich liegt das ausgewiesene Rechnungsdefizit von 64.8 Mio. Franken um diesen Betrag höher als das effektive Ergebnis. Effektiv weist die Rechnung 2011 einen Fehlbetrag von 189.8 Mio. Franken aus. In der Folge sinkt das freie Eigenkapital gegen-

über dem Vorjahr um den Betrag von 189.8 Mio. Franken oder 26.4 Prozent auf einen Wert von 528.3 Mio. Franken.

Nachfolgende Abbildung zeigt die wichtigsten Einflussfaktoren, die zum Rechnungsergebnis 2011 geführt haben (für eine umfassendere Übersicht zu den Differenzen zwischen Voranschlag und Rechnung 2011 vergleiche Abschnitt 2.2):

Abbildung 1: Grösste Saldoverschlechterungen und -verbesserungen 2011



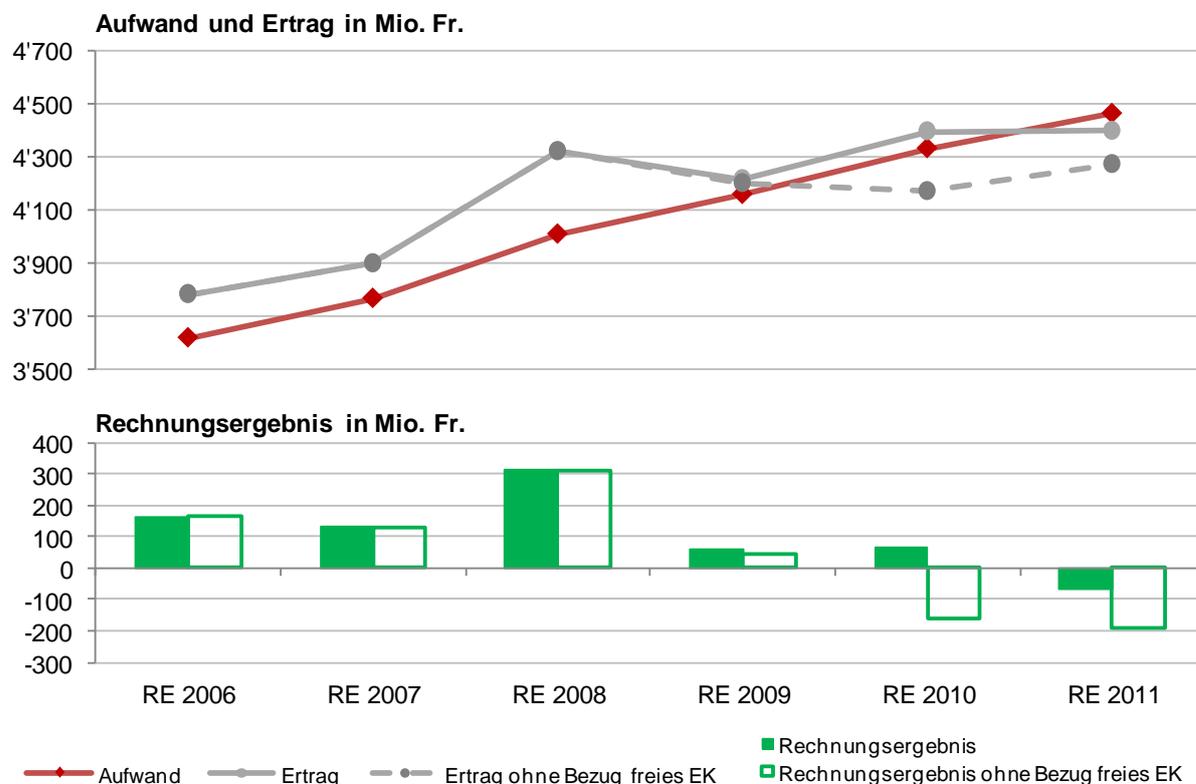
- ① Minderertrag (netto) kantonale Steuern
- ② Minderertrag aus Kantonsanteil direkte Bundessteuern
- ③ Nettobuchverlust auf den Namenaktien der St.Galler Kantonalbank des Finanzvermögens (nach Auflösung der Rückstellung für Risiken aus der Staatgarantie)
- ④ Mehraufwand für individuelle Prämienverbilligungen (IPV)
- ⑤ Nachtragskredite für Förderbeiträge nach dem Gemeindevereinigungs-gesetz (GvG)
- ⑥ Mehrentnahme besonderes Eigenkapital für Förderbeiträge nach dem GvG
- ⑦ Minderaufwand im Bereich der Sonderschulen
- ⑧ Sonstiges

Ausgehend vom Voranschlagsdefizit haben Mindererträge bei den Steuern, Buchverluste auf den im Finanzvermögen gehaltenen Namenaktien der St.Galler Kantonalbank (SGKB) sowie Mehraufwendungen im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen das Ergebnis weiter verschlechtert. Die Aufwendungen für die vom Kantonsrat über Nachtragskredite beschlossenen Gemeindefusionsprojekte und Projektbeiträge von 24.2 Mio. Franken wurden durch entsprechende Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital finanziert. Weitere Ergebnisverbesserungen gründen im Minderaufwand für die Sonderschulen infolge geringerer Schülerzahlen und Beitragsrückzahlungen.

1.2 Entwicklung von Aufwand und Ertrag

Im Jahr 2011 nimmt der Aufwand gegenüber dem Vorjahr brutto um 131.3 Mio. Franken zu. Damit setzt sich der Trend steigender Ausgaben der letzten Jahre fort (vgl. oberer Teil der nachstehenden Grafik). Während bis ins Jahr 2009 die Erträge mit diesem Trend mithalten konnten – teilweise wurden hohe Ertragsüberschüsse erzielt (vgl. unterer Teil der Grafik) –, ist dies seit dem Jahr 2010 nicht mehr möglich: Der steigende Aufwand kann nur noch mit hohen Bezügen aus den freien Reserven gedeckt werden. Die effektiven Rechnungsergebnisse 2010 und 2011 fallen deshalb deutlich defizitär aus.

Abbildung 2: Ausgewiesene und effektive Rechnungsabschlüsse 2006-2011



Das Aufwandswachstum im Jahr 2011 ist massgeblich durch die Zuwächse bei den Staatsbeiträgen begründet. Allein die folgenden drei Bereiche haben zu einer Aufwandsteigerung von rund 100 Mio. Franken geführt:

- Finanzierung von stationären Pflegeleistungen infolge der Einführung der neuen Pflegefinanzierung (+ 49.7 Mio. Franken)
- Individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien (+26.3 Mio. Franken)
- Beiträge an Gemeindefusionen und Förderbeiträge (+24.2 Mio. Franken)

Im Gesamtaufwand sind Positionen enthalten, die saldoneutral sind, die also durch gleich hohe Erträge gedeckt sind. Dazu gehören die Ertragsanteile Dritter wie z. B. die Gemeindeanteile an den Steuererträgen juristischer Personen, die durchlaufenden Beiträge und internen Verrechnungen sowie die Beiträge an Globalkreditinstitutionen, welche durch Erträge gedeckt sind. Ferner enthält der Gesamtaufwand nicht ausgabenwirksame Einlagen in Fonds und Bildungen von Rückstellungen.

Der um diese Positionen **bereinigte Aufwand** steigt im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 130.0 Mio. Franken oder 4.0 Prozent an. Zu beachten ist, dass im bereinigten Aufwand des Jahres 2011 die oben aufgeführten erstmaligen Staatsbeiträge für die Pflegefinanzierung sowie die Beiträge für Gemeindefusionen und Förderbeiträge enthalten sind (in der Rechnung 2010 waren keine Beiträge für Gemeindevereinigungen enthalten). Diese Aufwandpositionen führen dazu, dass im Vorjahresvergleich der bereinigte Aufwand des Jahres 2011 zu hoch ausfällt. Wird die Berechnung des bereinigten Aufwands um diese zwei Effekte bereinigt, beträgt der Zuwachs noch 1.7 Prozent. Diese Zunahme liegt unter der Vorgabe des Kantonsrates eines Aufwandswachstums von höchstens 2.0 Prozent.

In Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Aufwand- wachstum
Aufwand laufende Rechnung	4330.6	4461.8	3.0%
- Interne Verrechnungen	-377.3	-384.8	
- Durchlaufende Beiträge	-265.1	-282.9	
- Ertragsanteile Dritter	-317.4	-327.4	
- Fondierungen	-85.1	-46.6	
- Globalkredite (Erträge)	-61.9	-66.5	
Zwischenergebnis bereinigter Aufwand	3 223.7	3 353.7	4.0%
- Staatsbeiträge Pflegefinanzierung	.-	-49.7	
- Staatsbeiträge Gemeindevereinigungen	.-	-24.2	
Aufwand bereinigt ohne Einmaleffekte	3 223.7	3 279.8	1.7%

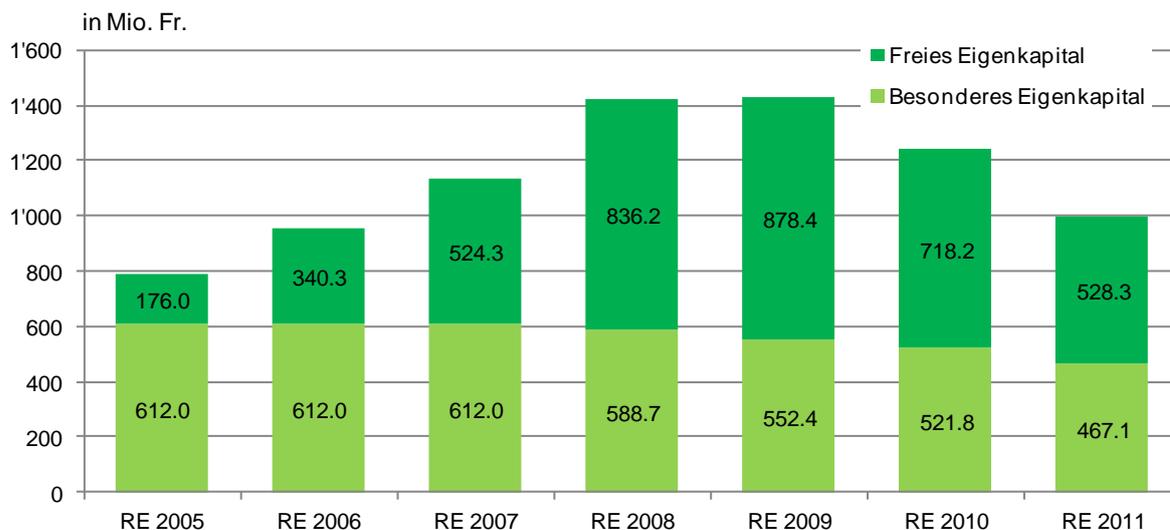
1.3 Entwicklung der Reserven

Mit dem Rechnungsabschluss 2011 setzt sich der Rückgang der Reserven fort. Das besondere Eigenkapital, das für steuerliche Entlastungen und die Förderung von Gemeindevereinigungen verwendet werden darf, sinkt um 54.8 Mio. Franken auf 467.1 Mio. Franken. In diesem Bezug enthalten sind die reguläre Jahrest tranche von 30.6 Mio. Franken sowie die Beiträge für die vom Kantonrat mittels Nachtragskredits beschlossenen Gemeindefusionsprojekte (Wil-Bronschhofen und Gommiswald-Ernetschwil-Rieden) bzw. Förderbeiträge im Umfang von insgesamt 24.2 Mio. Franken.

Das freie Eigenkapital, das Ende 2010 einen Stand von 718.2 Mio. Franken aufgewiesen hat, sinkt um den budgetierten Bezug von 125.0 Mio. Franken und um das in der Rechnung 2011 ausgewiesene Defizit von 64.8 Mio. Franken. Damit erreicht das freie Eigenkapital Ende 2011 einen Stand von 528.3 Mio. Franken. Insgesamt geht das freie Eigenkapital im Jahr 2011 im Umfang des effektiven Defizits von 189.8 Mio. Franken zurück.

Werden die Bezüge des freien und des besonderen Eigenkapitals zusammengefasst, dann resultiert ein Abbau des Eigenkapitals von 244.6 Mio. Franken. Das entspricht rund 7.5 Prozent des bereinigten Aufwands.

Abbildung 3: Entwicklung des Eigenkapitals



1.4 Beurteilung des Ergebnisses und Ausblick

Mit der Rechnung 2011 wird zum ersten Mal seit dem Jahr 2003 wieder ein Defizit ausgewiesen. Effektiv trat die Trendwende weg von positiven Rechnungsabschlüssen und hin zu negativen Ergebnissen zwar schon im Vorjahr ein. Ohne die Bezüge aus dem freien Eigenkapital hätte die Rechnung 2010 ebenfalls ein Defizit von 160 Mio. Franken ausgewiesen. Das Ergebnis 2011 fällt jedoch selbst hinter diesen Wert zurück. Wird auch im Jahr 2011 das ausgewiesene Defizit um den budgetierten Bezug aus dem freien Eigenkapital korrigiert, erreicht das effektive Defizit eine Höhe von rund 190 Mio. Franken.

Der um Sondereffekte bereinigte Aufwand wächst im Vergleich zum Vorjahr um 1.7 Prozent. Darin ist jedoch der Niveausprung von rund 33 Mio. Franken (netto) infolge der Einführung der Pflegefinanzierung nicht berücksichtigt, der den Staatshaushalt künftig jährlich wiederkehrend belasten wird. Somit ist, auch wenn das Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 mit real 1.9 Prozent (Schätzung des Staatssekretariats für Wirtschaft vom 15. März 2012) leicht über dem ausgewiesenen bereinigten Aufwand liegt, davon auszugehen, dass die Staatsquote als Verhältnis zwischen Staatsausgaben und Bruttoinlandsprodukt im Kanton St.Gallen im vergangenen Jahr leicht angestiegen ist.

Der Ertrag bleibt im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert, dies obwohl der Bezug aus dem freien Eigenkapital im Jahr 2011 um 100 Mio. Franken tiefer ausfällt. Dieser Rückgang wurde durch höhere Steuererträge und Beiträge an die eigene Rechnung, aber auch durch zusätzliche Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital wettgemacht. Trotz dieser leicht geänderten Ertragsstruktur gilt aber weiterhin, dass die bescheidene Dynamik auf der Ertragsseite nicht ausreicht, um die Lücke zum Aufwandniveau zu schliessen. Dies umso mehr, als ab dem nächsten Jahr die Ertragsanteile an den Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank deutlich zurückgehen werden. Wurde im Jahr 2011 noch ein Betrag von rund 100 Mio. Franken an den Kanton St.Gallen ausbezahlt, ist gemäss der neuen Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der Nationalbank für die nächsten Jahre noch mit einem Anteil von maximal 40 Mio. Franken pro Jahr zu rechnen.

Mit dem negativen Rechnungsabschluss verschlechtert sich die Vermögenslage des Kantons weiter. Das Nettovermögen sinkt um rund 290 Mio. Franken auf 730 Mio. Franken. Der aus all-

gemeinen Mitteln abzuschreibenden Verschuldung von 265.6 Mio. Franken steht ein Eigenkapitalbestand von 995.4 Mio. Franken gegenüber. Davon entfallen knapp 470 Mio. Franken oder 47 Prozent auf das besondere Eigenkapital, welches für Steuerentlastungen und Gemeindevereinigungsprojekte reserviert ist. Der finanzpolitische Spielraum muss mittlerweile als sehr eng bezeichnet werden.

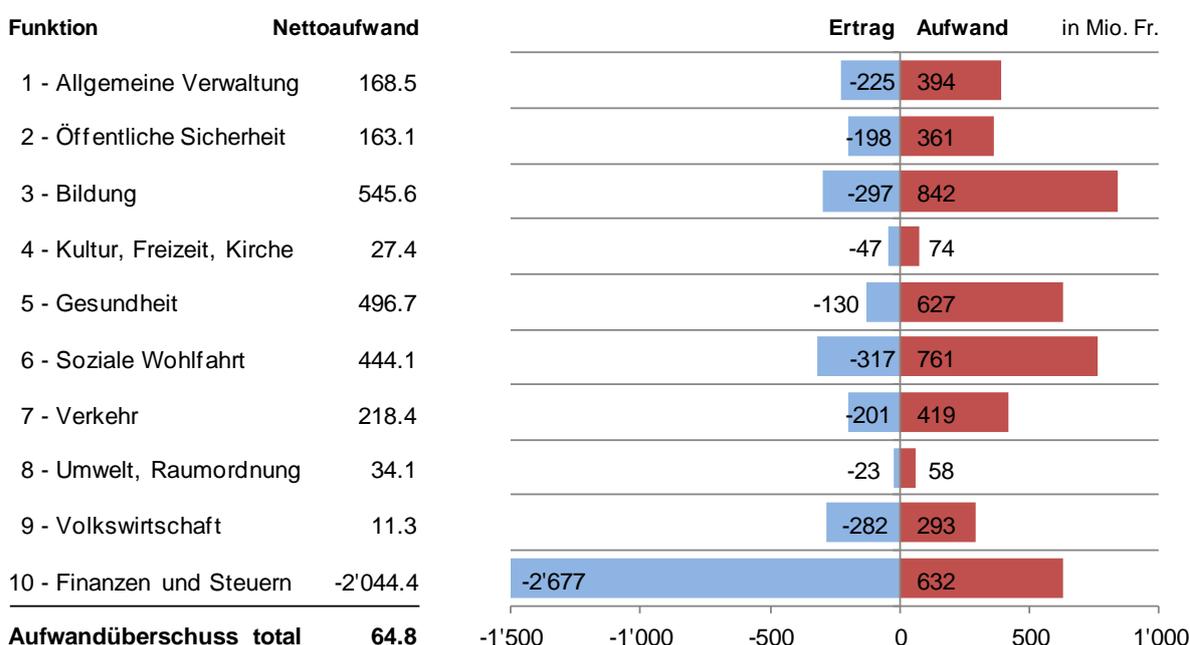
Wie im Aufgaben- und Finanzplan 2013-2015 (33.12.04) aufgezeigt wurde, drohen dem Kanton auch in den nächsten Jahren massive Defizite, die durch systematische Aufwandüberhänge hervorgerufen werden. Der negative Rechnungsabschluss zeigt vor diesem Hintergrund umso deutlicher die Notwendigkeit der Bereinigung des strukturellen Defizits, der Umsetzung der beschlossenen Sparmassnahmen und der Zustimmung zu weiteren dauerhaften Haushaltsentlastungen im Rahmen des Sparpakets II. Ohne grundlegende Korrekturen besteht die Gefahr, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum des Kantons weiter verkleinert und die gute Ausgangslage mit einer schweizweit niedrigen Verschuldung verspielt wird.

2 Laufende Rechnung

2.1 Übersicht

Die nachfolgende Abbildung teilt den Aufwandüberschuss auf die staatlichen Aufgabenbereiche auf. Klammert man den Bereich Finanzen und Steuern, der rund 60 Prozent aller Erträge auf sich vereinigt, aus, beträgt der Aufwandüberschuss rund 2.1 Milliarden Franken. Davon entfallen rund 1.5 Milliarden Franken oder 70 Prozent auf die drei grössten Bereiche Bildung (545.6 Mio. Franken), Gesundheit (496.7 Mio. Franken) und soziale Wohlfahrt (444.1 Mio. Franken). Es folgen die Ausgaben für den Verkehr (Strassen und öffentlicher Verkehr), die allgemeine Verwaltung und die öffentliche Sicherheit (Justiz, Polizei, Feuerwehr).

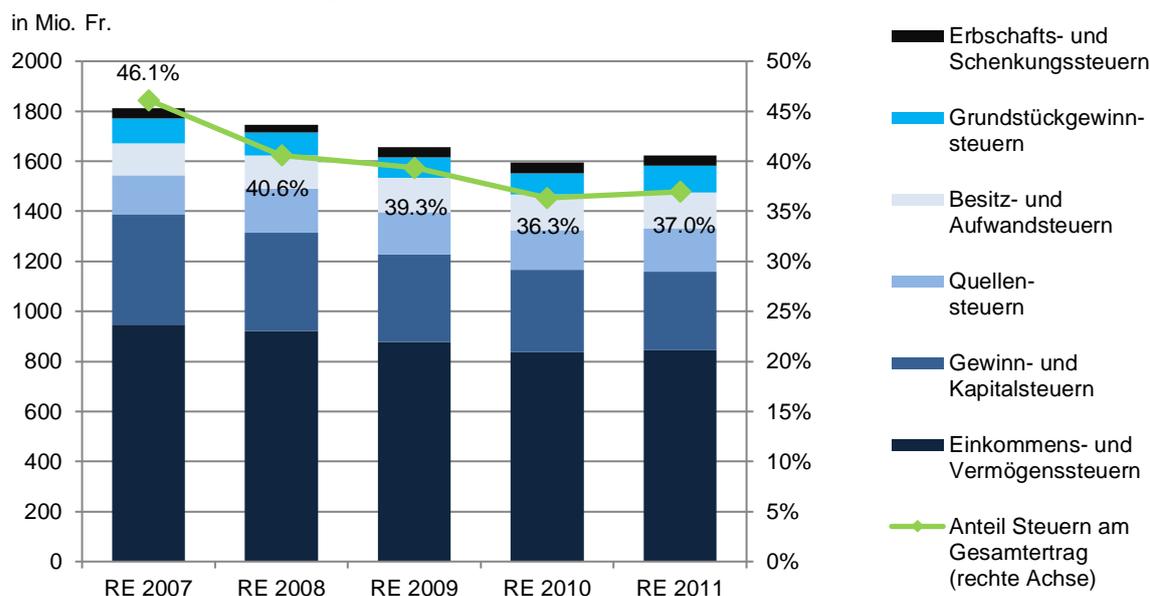
Abbildung 4: Aufwand und Ertrag nach funktionalen Aufgabengebieten 2011



Auf der Einnahmenseite stellen die Steuern mit 37 Prozent der Bruttoeinnahmen die wichtigste Finanzierungsquelle dar. Es folgen die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (15 Prozent), welche die Beiträge aus dem nationalen Finanz- und Lastenausgleich sowie Anteile an den Einnahmen aus der direkten Bundesteuer und Verrechnungssteuer enthalten. Drittwichtigste Finanzierungsquelle sind die Beiträge für eigene Rechnung (11 Prozent), worunter insbesondere die an bestimmte Aufgaben geknüpften Beiträge des Bundes fallen.

Im Zuge der Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen ist der Steuerertrag in den Jahren 2007 bis 2010 sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zum Gesamtertrag gesunken. Wie aus nachfolgender Abbildung hervorgeht, betrug der Bruttosteuerertrag im Jahr 2007 noch rund 1.8 Milliarden Franken. Im Jahr 2010 lag er mit knapp 1.6 Milliarden Franken 12.4 Prozent unter diesem Wert. Mit dem Jahr 2011 wurde mit dem leichten Wiederanstieg des Bruttosteuerertrags von 27.7 Mio. Franken dieser Rückgang gestoppt.

Abbildung 5: Bruttosteuerertrag nach Ertragsarten 2007-2011



2.2 Abweichungen zum Voranschlag

Das Gesamtergebnis der laufenden Rechnung 2011 fällt um 42.3 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert. Die nachfolgende Darstellung zeigt die Abweichungen zwischen Rechnungsabschluss und Voranschlag 2011 (ohne Nachtragskredite) im Überblick. Dabei werden jene Rechnungsabschnitte einzeln aufgeführt, welche im Saldo eine Abweichung von mindestens 1 Mio. Franken aufweisen. Diese Positionen erklären Ergebnisverschlechterungen zwischen Rechnung und Voranschlag im Umfang von 47.5 Mio. Franken.

in 1000 Fr.

Abweichungen zum Voranschlag

	Aufwand Minderaufwand (+); Mehraufwand (-)	Ertrag Mehrertrag (+); Minderertrag (-)	Saldo Verbesserung (+), Verschlechterung (-)	
2050 Amt für öffentlichen Verkehr	-181	+2'980	+2'799	1)
2100 Kantonsforstamt	-480	+1'530	+1'050	
2150 Landwirtschaftsamt	-6'362	+7'416	+1'054	
2301 Arbeitslosenkasse	-122	+1'487	+1'365	
2350 Amt für Wirtschaft	+3'243	-1'745	+1'498	
3050 Sozialwerke des Bundes	-1'759	0	-1'759	
3052 Pflegefinanzierung	-1'742	+728	-1'014	
3150 Amt für Gemeinden	-29'835	+5'725	-24'110	2)
3200 Amt für Soziales	-2'964	+1'655	-1'308	
4003 Ausbildungsbeihilfen	+2'988	+34	+3'021	3)
4051 Lehrmittelverlag	+756	+1'031	1'787	
4053 Sonderschulen	+10'676	+3'538	+14'215	4)
4150 Amtsleitung Amt für Berufsbildung	301	+2'800	+3'102	5)
4152 Berufliche Grundbildung	-2'164	+71	-2'093	6)
4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung	-1'288	0	-1'288	
4231 Universitäre Hochschulen	-278	-2'714	-2'991	7)

5054 Dienst für Informatikplanung	+1'103	+120	+1'223
5105 Kantonale Steuern	+14'192	-52'514	-38'322 8)
5106 Bundessteuern	-37	-10'812	-10'849 9)
5500 Vermögenserträge	-33'731	+14'857	-18'875 10)
5509 Verschiedene Aufwendungen	+190	+30'368	30'558 11)
6105 Verwaltung Staatsliegenschaften	1'222	763	+1'985
6156 Gewässer	+1'373	+2'512	3'884 12)
6200 Amt für Umwelt und Energie	-1'691	+5'896	+4'205 13)
7150 Migrationswesen	+12	-1'270	-1'258
7151 Asylwesen	+1'716	-3'193	-1'477
7250 Kantonspolizei	+1'921	+1'872	+3'793 14)
7400 Amt für Militär und Zivilschutz	-588	+1'618	+1'030
8200 Amt für Gesundheitsversorgung	-10'354	-2'187	-12'541 15)
8205 Nichtstaatliche Spitäler	-3'124	0	-3'124 16)
8230 Spitalverbund 1 - Kantonsspital	-3'089	0	-3'089 17)
	-60'096	12'565	-47'531
Übrige Rechnungsabschnitte	-28'901	34'177	5'276
Total laufende Rechnung	-88'997	46'742	-42'255

Folgende Abweichungen stehen im Vordergrund:

- 1) Minderaufwand von 2.0 Mio. Franken infolge erfolgreicher Offertverhandlungen mit den Bahn- und Busunternehmen in den Bereichen Zusatzangebote und Infrastrukturabgeltungen sowie nachträglicher Erhöhungen der Bundesbeiträge für gemeinsam bestellte Verkehrsangebote. Die Mehrerträge, denen als Gegenbuchung entsprechende Mehraufwendungen entgegenstehen, sind im Wesentlichen auf die Auflösung von bevorschussten Krediten für die Projektierung der S-Bahn St.Gallen und der S-Bahn Zürich zurückzuführen.
- 2) Mehraufwand für Gemeindefusionsbeiträge und Projektbeiträge nach dem Gemeindevereinigungs-gesetz (24.2 Mio. Franken, im Rahmen von Nachtragskrediten vom Kantonsrat beschlossen) sowie für von den Gemeinden beantragten Beiträge der zweiten Stufe des Finanzausgleichs (5.5 Mio. Franken). Mehrertrag aus Beitragsrückzahlungen der Gemeinden infolge besserer Rechnungsabschlüsse bei den Gemeinden (5.4 Mio. Franken).
- 3) Minderaufwand aufgrund der Anpassung des Stipendienjahrs an das Kalenderjahr. Aufgrund dieser Umstellung fehlt in der Rechnung 2011 der Januar, in welchem jeweils überdurchschnittlich Auszahlungen verzeichnet werden.
- 4) Minderaufwand aufgrund geringerer Schülerzahlen sowie der ausgebliebenen verlängerten Nutzung von Sonderschulplätzen im Rahmen der Praxisänderung bei den beruflichen Massnahmen der IV. Mehrertrag aus Rückzahlungen von zu viel ausbezahlten Beiträgen (Differenzen zwischen den provisorischen Sonderschulkosten und den definitiven Schlussabrechnungen der Jahre 2009 und 2010).
- 5) Mehrertrag dank höheren Bundesbeiträgen an die Berufsbildung.
- 6) Einmaliger Mehraufwand infolge der Umstellung der Bemessungsperiode vom Kalenderjahr (nachsüssig) auf das Schuljahr bei den überbetrieblichen Kursen.

- 7) Minderertrag durch tiefere Bundesbeiträge für Forschungsprojekte, welche aufgrund von steigenden Studierendenzahlen von den Professoren nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden konnten.
- 8) Die Mindereinnahmen bei den Gewinn- und Kapitalsteuern, Einkommens- und Vermögenssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern übertreffen die Mehreinnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern und Quellensteuern, so dass Mindereinnahmen bei den kantonalen Steuern von brutto rund 53 Mio. Franken resultieren. Aus diesen Mindereinnahmen folgen Minderausgaben für Ertragsanteile Dritter, insbesondere der Gemeinden, in der Höhe von rund 14 Mio. Franken. Der Nettominderertrag im Vergleich zum Voranschlag beläuft sich für den Kanton auf 38.3 Mio. Franken (vgl. Abschnitt 2.4.6).
- 9) Mindereinnahmen durch Ertragsausfälle bei den juristischen Personen im Rahmen der Bundessteuern.
- 10) Buchverluste auf den sich im Finanzvermögen befindlichen Namenaktien der St.Galler Kantonalbank, die durch die Auflösung der Rückstellung für Risiken aus der Staatgarantie teilweise gedeckt wurden, führen netto zu einem Mehraufwand (6.5 Mio. Franken). Ferner ergibt sich ein Mehraufwand durch Buchverluste auf Geldmarktanlagen (5.2 Mio. Franken) und ein Minderertrag aus Dividenden (SGKB: 6.1 Mio. Franken; SAK: 8.0 Mio. Franken).
- 11) Mehrertrag durch die zusätzliche Entnahme aus dem besonderen Eigenkapital für die Nachtragskredite die Förderbeiträge nach dem Gemeindevereinigungsgesetz (vgl. Ziffer 2) sowie höherer Ertrag aus dem Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer.
- 12) Minderaufwand durch weniger Zusicherungen an Wasserbauprojekte von Gemeinden und Projektverzögerungen.
- 13) Minderaufwand für Staatsbeiträge an Gemeinden für Abwasseranlagen sowie für Staatsbeiträge an private Institutionen aufgrund von Anpassungen der Energiefördermassnahmen (2.4 Mio. Franken; in obenstehender Tabelle überdeckt durch durchlaufende Beiträge).
- 14) Minderaufwand durch Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Polizei-Funknetzes POLYCOM. Der Mehraufwand für vorgezogene Stellenbesetzungen gemäss Bericht Innere Sicherheit und für zusätzliche Polizisten für die ordentliche Aufgabenbewältigung (2.4 Mio. Franken) wurde durch Sparmassnahmen und Verzichtsplanung im Sachaufwand kompensiert. Mehrertrag aus Bussen.
- 15) Mehraufwand für individuelle Prämienverbilligungen im Bereich der ordentlichen Prämienverbilligungen (6.8 Mio. Franken) und der anrechenbaren Ersatzleistungen (3.2 Mio. Franken). Mindereinnahmen infolge niedrigerer Bundesbeiträge.
- 16) Einmaliger Mehraufwand infolge des Übergangs von nachschüssiger zur Gegenwartsfinanzierung bei der Rehaklinik Walenstadtberg (4.7 Mio. Franken). Minderaufwand für die nachschüssig ausgerichteten Beiträge an das Ostschweizer Kinderspital.
- 17) Mehraufwand beim Kantonsspital St.Gallen durch Nachkalkulation des Globalkredits u.a. infolge der mit den Krankenversicherern vereinbarten Tarifanpassungen. Durch die hälftige Beteiligung des Kantons am anrechenbaren Rechnungsüberschuss fällt die Nettobelastung der Rechnung jedoch tiefer aus.

Eine vollständige Zusammenstellung der aufgetretenen Kreditüberschreitungen und der dazugehörigen Erklärungen findet sich in der Übersicht "Von der Regierung begründete Kreditüberschreitungen" im Anhang.

Der Kantonsrat gewährte Nachtragskredite zu Lasten der Rechnung 2011 im Umfang von 46.4 Mio. Franken:

	Rechnungs- abschnitt	Nachtragskredit in Mio. Fr.
Mehrkosten bei den Betriebsbeiträgen an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung (Beschluss vom 27. April 2011)	3200.360	3'000'000
Beiträge aus dem Lotteriefonds 2011 (I) (7. Juni 2011)	3259.360	5'531'500
Förderbeiträge nach Gemeindevereinigungsgesetz (7. Juni 2011)	3150.360	1'510'100
Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden (28. Juni 2011)	3150.360	7'840'200
Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Wil und Bronschhofen zur Gemeinde Wil (28. Juni 2011)	3150.360	14'819'000
Besoldung von diplomierten Pflegefachpersonen und Hebammen im Jahr 2011 (27. September 2011)	5600.360	8'400'000
Beiträge aus dem Lotteriefonds 2011 (II) (29. November 2011)	3259.360	5'036'300
Staatsbeitrag an das Ausbildungszentrum Buchs der Schweizerischen Metallunion, Sektion St. Gallen, Appenzell und Fürstentum Liechtenstein (29. November 2011)	4150.360	255'000
Total Nachtragskredite		46'392'100

Zu beachten ist, dass verschiedene der hier aufgeführten Nachtragskredite das Rechnungsergebnis gegenüber dem Voranschlag nicht beeinflusst haben, da mit ihnen gleichzeitig Bezüge aus den Reserven bzw. Spezialfinanzierungen beschlossen wurden. Dies gilt für die Nachtragskredite im Zusammenhang mit den Gemeindefusionen und Förderbeiträgen nach dem Gemeindevereinigungsgesetz von gesamthaft 24.2 Mio. Franken, wo der Kantonsrat gleichzeitig einer entsprechenden Entnahme aus dem besonderen Eigenkapital zugestimmt hat. Ebenso sind die Kredite im Zusammenhang mit dem Lotteriefonds von insgesamt 10.6 Mio. Franken durch den Mittelbezug aus der Spezialfinanzierung gedeckt.

2.3 Abweichungen zur mutmasslichen Rechnung

Im Vergleich zur mutmasslichen Rechnung schliesst die Rechnung um 25.5 Mio. Franken besser ab. Grössere Ergebnisverbesserungen, die erst spät bekannt wurden und in der mutmasslichen Rechnung noch nicht berücksichtigt waren, ergeben sich in folgenden Bereichen:

	Einfluss auf den Saldo Verbesserung (+) in Mio. Fr.
▪ Sonderschulen: Sowohl die Minderaufwendungen (u.a. aufgrund geringerer Schülerzahlen) als auch die Mehrerträge (infolge Beitragsrückzahlungen) waren zum Zeitpunkt der mutmasslichen Rechnung noch nicht vollständig absehbar.	+9.1
▪ Spitalverbunde: Die Nachkalkulation hat gezeigt, dass der Aufwand weniger stark gestiegen ist als noch in der mutmasslichen Rechnung angenommen	+6.1
▪ Kantonspolizei: Die Minderaufwendungen (infolge der Projektverzögerungen bei POLYCOM und Sparmassnahmen als Kompensation für die vorgezogene Polizeikorpsaufstockung) sowie der Bussenmehrertrag waren in der mutmasslichen Rechnung noch nicht eingestellt.	+5.4
▪ Gewässer: Die Minderaufwendungen (weniger Zusicherungen an Wasserbauprojekte von Gemeinden und Projektverzögerungen) waren in der mutmasslichen Rechnung noch nicht eingestellt.	+4.0

2.4 Abweichungen zur Vorjahresrechnung

Die Gegenüberstellung der Rechnung 2011 mit der Vorjahresrechnung für die einzelnen Kostenartengruppen zeigt folgendes Bild:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.	Veränderung in %
30 Personalaufwand	790.4	786.4	- 4.0	-0.5
31 Sachaufwand	482.4	462.9	- 19.4	-4.0
32 Passivzinsen	22.3	52.9	30.5	136.9
33 Abschreibungen	108.4	117.3	9.0	8.3
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	565.4	567.7	2.3	0.4
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	60.2	58.8	- 1.4	-2.3
36 Staatsbeiträge	1 574.0	1 701.5	127.6	8.1
37 Durchlaufende Beiträge	265.1	282.9	17.8	6.7
38 Fondierungen	85.1	46.6	- 38.6	-45.3
39 Interne Verrechnungen	377.3	384.8	7.4	2.0
Aufwand	4 330.6	4 461.8	131.3	3.0
40 Steuern	1 597.4	1 625.1	27.7	1.7
41 Regalien und Konzessionen	13.6	15.1	1.5	10.8
42 Vermögenserträge	256.6	241.4	- 15.2	-5.9
43 Entgelte	375.1	353.9	- 21.2	-5.7
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	640.7	646.8	6.1	1.0
45 Rückerstattung Gemeinwesen	148.9	153.8	4.9	3.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	435.6	465.4	29.8	6.8
47 Durchlaufende Beiträge	265.1	282.9	17.8	6.7
48 Defondierungen	284.9	227.8	- 57.1	-20.0
49 Interne Verrechnungen	377.3	384.8	7.4	2.0
Ertrag	4 395.3	4 397.0	1.7	0.0

2.4.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand (Kontengruppe 30) weist einen Rückgang von 4.0 Mio. Franken bzw. 0.5 Prozent auf. Der Rückgang ist in erster Linie auf die Auslagerung des Instituts für klinische Chemie und Hämatologie (IKCH) sowie das Institut für klinische Mikrobiologie und Immunologie (IKMI) in das selbständige öffentliche-rechtliche Zentrum für Labormedizin zurückzuführen. Der Personalaufwand wurde dadurch um 11.4 Mio. Franken reduziert. Daneben wurde im Amt für Arbeit und der Arbeitslosenkasse entsprechend der gesunkenen Anzahl Stellensuchenden der Personaleinsatz reduziert (-1.5 Mio. Franken).

Höhere Personalaufwendungen weist dagegen das Bildungsdepartement auf (+3.0 Mio. Franken), wo insbesondere in den Berufsfachschulen höhere Schülerzahlen zu verzeichnen sind und in den Mittelschulen Überzeitlektionen abgebaut wurden bzw. Stellenvertretungskosten für Mutterschaftsurlaube (refinanziert durch EO-Entschädigungen) anfielen. Des Weiteren ist im Sicherheits- und Justizdepartement der Personalaufwand in den Bereichen Asylwesen (+1.0 Mio. Franken) und Kantonspolizei gestiegen (+1.2 Mio. Franken). Schliesslich wurden im Jahr 2011 die Besoldung um 0.7 Prozent an die Teuerung angepasst und der Stufenanstieg sowie individuelle, leistungsbezogene Besoldungsanpassungen im Umfang von 0.4 Prozent der Lohnsumme gewährt (+10.9 Mio. Franken).

2.4.2 Sachaufwand

Der Sachaufwand (Kontengruppe 31) nimmt um 19.4 Mio. Franken bzw. 4.0 Prozent ab. Davon sind 13.7 Mio. Franken auf die Auslagerung der Institute für klinische Chemie und Hämatologie bzw. Mikrobiologie und Immunologie (IKCH und IKMI) ins Zentrum für Labormedizin zurückzuführen. Ohne diesen Sondereffekt beträgt der Rückgang im Sachaufwand noch 5.7 Mio. Franken oder 1.2 Prozent. Die einzelnen Konten zeigen folgende Veränderungen:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010 (ohne IKCH, IKMI)	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	31.9	33.4	1.5
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	18.4	15.8	- 2.7 1)
312 Informatik	63.9	65.6	1.7
313 Verbrauchsmaterialien	42.3	40.4	- 2.0 2)
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	58.3	62.2	3.9 3)
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	20.5	17.7	- 2.8 3)
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	28.6	29.9	1.3
317 Spesenentschädigungen	11.6	11.8	0.2
318 Dienstleistungen und Honorare	179.4	173.5	- 6.0 4)
319 Anderer Sachaufwand	13.5	12.6	- 0.9
Total	468.6	462.9	- 5.7

- 1) Der Aufwandrückgang bei den Mobilien, Maschinen und Fahrzeugen ist massgeblich auf Einsparungen bei der Kantonspolizei (Beitrag zur Deckung der Kreditüberschreitung im Personalaufwand) zurückzuführen.
- 2) Der Aufwandrückgang bei den Verbrauchsmaterialien ist im Wesentlichen auf die spezialfinanzierten Bereiche National- und Kantonsstrassen zurückzuführen, wo u.a. der Aufwand für Streusalz, Treibstoff und Strassenbeleuchtung zurückgegangen ist.
- 3) Die Aufwandveränderungen bei den Dienstleistungen Dritter für baulichen und anderen Unterhalt (Kontengruppen 314 und 315) sind mehrheitlich ebenfalls auf den Strassenbereich zurückzuführen (u.a. wegfallende Zusatzkosten für Strassenbeleuchtungen, dafür Zusatzaufträge des Bundesamts für Strassen). Daneben ist im Steinbruch Starkenbach für Verbesserungen der Produktionsabläufe und Erneuerung von Betriebsanlagen der Aufwand im Bereich des baulichen Unterhalts gestiegen.
- 4) Der Rückgang bei den Dienstleistungen und Honoraren wird grösstenteils erklärt durch geringere bzw. wegfallende Projektierungskosten im Hochbauamt bzw. im Amt für öffentlichen Verkehr (-5.4 Mio. Franken) sowie durch rückläufige Aufträge an Dritte (-3.8 Mio. Franken; mehrheitlich bei den Einsatzprogrammen des Amtes für Arbeit sowie beim Asylwesen). Umgekehrt sind die Verfahrens- und Vollzugskosten angestiegen (+2.2 Mio. Franken; mehrheitlich im Amt für Justizvollzug und bei den Amtsnotariaten).

2.4.3 Passivzinsen

Zur Kontengruppe 32 "Passivzinsen" gehören neben dem eigentlichen Zinsaufwand auch die Kurs- und Buchverluste auf Anlagen des Finanzvermögens. Im Vorjahr wurden die Bewertungsverluste noch in der Kontogruppe 42 "Vermögenserträge" verbucht (siehe Kapitel 2.4.7). Die Bewertung des Finanzvermögens richtet sich nach Art. 46 des Staatsverwaltungsgesetzes. Danach sind handelbare Kapitalanlagen zu Marktwerten am Bilanzstichtag zu bewerten und Wertberichtigungen in der laufenden Rechnung entsprechend auszuweisen. Die Aufwanzunahme um 30.5

Mio. Franken im Jahr 2011 ist im Wesentlichen auf den Buchverlust der sich im Finanzvermögen befindlichen Namenaktien der St.Galler Kantonalbank zurückzuführen, der durch die negative Marktentwicklung hervorgerufen wurde (Stand SGKB Aktie Ende 2010: Fr. 470, Stand Ende 2011: Fr. 354). Nach Auflösung des freien Teils der Rückstellung für Risiken aus der Staatgarantie der SGKB, die in den Vorjahren mit Buchgewinnen derselben Aktien gebildet wurde, verbleibt ein Nettobuchverlust von 6.5 Mio. Franken. Daneben enthält diese Kontogruppe ebenfalls noch Bewertungskorrekturen auf Geldmarktfonds von 5.2 Mio. Franken, denen allerdings ursächliche, thesaurierende Ausschüttungen (Dividenden) aus diesen Fonds im Umfang von 6.8 Mio. Franken gegenüberstehen (siehe Kontogruppe 42), so dass in diesem Bereich per Saldo ein Nettoertrag von 1.6 Mio. Franken zu verzeichnen ist.

2.4.4 Staatsbeiträge

Die Staatsbeiträge (Kontengruppe 36) liegen insgesamt um 127.6 Mio. Franken bzw. 8.1 Prozent höher als im Vorjahr. Bei nahezu unveränderten Investitionsbeiträgen ist dieser Anstieg auf die Zunahme bei den laufenden Beiträgen zurückzuführen. Veränderungen von über 3 Mio. Franken ergeben sich in folgenden Rechnungsabschnitten:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Laufende Beiträge, davon	1523.8	1651.9	128.2
2150 Landwirtschaftsamt	2.3	5.8	3.5
3051 Ergänzungsleistungen	278.7	273.9	- 4.8
3052 Pflegefinanzierung	-	49.7	49.7 1)
3150 Amt für Gemeinden	0.1	24.7	24.7 2)
3200 Amt für Soziales	116.7	125.0	8.3
4000 Generalsekretariat BLD	4.0	0.2	- 3.8
4050 Amtsleitung AVS	2.1	6.1	4.0
4053 Sonderschulen	115.8	112.1	- 3.7
4152 Berufliche Grundbildung	29.0	34.1	5.1
4231 Universitäre Hochschulen	132.9	139.2	6.4
5600 Allgemeiner Personalaufwand	-	8.4	8.4
8200 Amt für Gesundheitsversorgung	199.4	225.6	26.3 3)
8205 Nichtstaatliche Spitäler	42.1	46.6	4.5
Investitionsbeiträge	50.2	49.6	- 0.6

- 1) Die Pflegefinanzierung ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Mit ihr übernimmt der Kanton zwei Drittel der von der öffentlichen Hand getragenen Kosten für stationäre Pflegeleistungen. Von den Gesamtkosten von 49.7 Mio. Franken im Jahr 2011 trägt der Kanton demnach 33.1 Mio. Franken, die restlichen 16.6 Mio. Franken erhält er von den Gemeinden zurückerstattet.
- 2) Der Wert für das Jahr 2011 enthält die Nachtragskredite für Gemeindefusionen und Förderbeiträge.
- 3) Die Staatsbeiträge an die individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien (IPV) steigen um 26.0 Mio. Franken. Davon sind 8.1 Mio. Franken durch höhere Bundesbeiträge refinanziert (vgl. Kontengruppe 46).

2.4.5 Übriger Aufwand

Abschreibungen (33): Die Abschreibungen nehmen gesamthaft um 9.0 Mio. Franken bzw. 8.3 Prozent zu. Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen auf Hochbauten,

technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen nehmen um 5.3 Mio. Franken zu. Dieser Zuwachs ist insbesondere auf die erstmalige Abschreibungsquoten für das Vorhaben „Erweiterung Haus 24 als Logistikzentrum“ des Kantonsspitals St.Gallen und die technischen Verbesserungen 2010 bei der Südostbahn zurückzuführen.

Die aus zweckgebundenen Mitteln finanzierten Abschreibungen auf Strassenbauten richten sich nach den verfügbaren Mitteln und dem Abschreibungsbedarf. Sie nehmen um 5.9 Mio. Franken zu.

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen fallen um 2.2 Mio. Franken niedriger aus. Sie gehen grösstenteils auf geringere Debitorenverluste und Abschreibungen bei den Steuerforderungen zurück.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34): Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung zeigen eine Zunahme von 2.3 Mio. Franken oder 0.4 Prozent. Sie sind im Wesentlichen auf die Zunahme der Gemeindeanteile an den höheren Erträgen aus der Quellensteuer (6.9 Mio. Franken) sowie der Grundstückgewinnsteuer (8.2 Mio. Franken) zurückzuführen. Umgekehrt ist der Aufwand für den kantonalen Finanzausgleich rückläufig, wo neben dem Ressourcenausgleich auch der partielle Steuerfussausgleich zurückgegangen ist.

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
340 Ertragsanteile des Bundes	19.6	19.7	0.1
341 Ertragsanteile der Kantone	3.6	4.6	1.0
342 Ertragsanteile der Gemeinden, davon	264.6	274.2	9.6
- Gemeindeanteile Einkommens- und Vermögenssteuer	6.9	5.1	- 1.8
- Gemeindeanteile Gewinn- und Kapitalsteuer	134.7	129.7	- 5.0
- Gemeindeanteile Quellensteuer	86.6	93.5	6.9
- Gemeindeanteile Grundstückgewinnsteuer	32.4	40.7	8.2
344 Ertragsanteile Dritter	29.6	28.8	- 0.7
347 Finanz- und Lastenausgleich, davon	247.9	240.3	- 7.6
- Ressourcenausgleich kantonalen Finanzausgleich	111.0	101.8	- 9.2
- Sonderlastenausgleich kantonalen Finanzausgleich	114.2	119.2	4.9
- Partieller Steuerfussausgleich kantonalen Finanzausgleich	13.9	11.4	- 2.4

Entschädigungen an Gemeinwesen (35): Die Entschädigungen an Gemeinwesen nehmen um 1.4 Mio. Franken oder 2.3 Prozent ab. Dazu beigetragen haben die tieferen Entschädigungen für Aufwendungen im Asylwesen und im Strassenbereich die tieferen Entschädigungen an Gemeinden (Projektverzögerungen beim baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen in der Stadt St. Gallen) und andere Kantone (Winterdienst).

Fondierungen (38): Die Fondierungen liegen um 38.6 Mio. Franken oder 45.3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen Folge der einmaligen Bildung von Rückstellungen im Jahr 2010 von gesamthaft 45 Mio. Franken für allfällige Verpflichtungen aus der Lohngleichheitsklage der Berufe des Gesundheitswesens und dem Rechtsverfahren zu den Erfolgshonoraren für die Vermögensverwaltung der Versicherungskassen.

Mit 35.5 Mio. Franken den Grossteil der Rückstellungen des Jahres 2011 bilden die Zuweisungen an die Spezialfinanzierungen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich ihr Total nur wenig verändert. Der höheren Einlage in den Lotteriefonds (+2.3 Mio. Franken) steht eine niedrigere Einlage in den Sport-Toto-Fonds (-1.9 Mio. Franken) gegenüber. Die Zuweisung an den Strassenfonds entspricht den in den Strassenfonds geflossenen zweckgebundenen Mitteln, die im Rechnungsjahr

2011 nicht verwendet wurden. Die Zuweisung lag mit 31.8 Mio. Franken leicht über dem Vorjahreswert von 31.0 Mio. Franken.

Den Rückstellungen zugewiesen wurden ferner das Dotationskapital des Zentrums für Labormedizin (3.6 Mio. Franken) sowie die nicht eingetretenen Schadenzahlungen von Spitalhaftpflichtfällen im Bereich des Risk Management (1.2 Mio. Franken).

2.4.6 Steuerertrag

Der Bruttosteuerertrag der kantonalen Steuern (Kontengruppe 40) steigt zum ersten Mal nach drei rückläufigen Jahren und fällt um 27.7 Mio. Franken oder 1.7 Prozent höher aus als im Vorjahr. Die einzelnen Steuerarten zeigen folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	836.9	844.5	7.6
401 Gewinn- und Kapitalsteuern	330.6	315.1	- 15.5
402 Quellensteuern	158.0	171.6	13.6
403 Grundstückgewinnsteuern	86.0	105.8	19.8
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	43.0	41.9	- 1.1
406 Besitz- und Aufwandsteuern ¹	140.9	144.7	3.8
408 Steuerstrafen	2.0	1.5	- 0.5
Total	1 597.4	1 625.1	27.7

Nachstehende Tabelle zeigt den Nettoertrag der kantonalen Steuern, d.h. der Bruttoertrag abzüglich der Ertragsanteile Dritter, Ausgleichs- und Verzugszinsen und Abschreibungen, sowie den Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern. Der Nettoertrag der kantonalen Steuern liegt um 18.8 Mio. Franken bzw. 1.7 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Kantonsanteil der direkten Bundessteuern hat im Vergleich zum Vorjahr um 2.8 Mio. Franken bzw. 2.4 Prozent abgenommen.

Im Detail weisen die einzelnen Steuerarten folgende Erträge aus:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	
Einkommens- und Vermögenssteuern	820.9	841.1	832.9	1)
Gewinn- und Kapitalsteuern	170.8	199.2	162.7	2)
Quellensteuern	41.2	47.8	45.7	3)
Grundstückgewinnsteuern	53.5	53.3	65.0	4)
Erbschafts- und Schenkungssteuern	43.2	45.3	42.2	5)
Steuerstrafen	3.5	3.6	3.3	6)
Kantonale Steuern	1'133.1	1'190.2	1'151.9	
Direkte Bundessteuer	117.7	125.7	114.9	7)
Total	1'250.8	1'316.0	1'266.8	

1) Der Nettoertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern liegt um 8.2 Mio. Franken bzw. 1.0 Prozent unter dem Voranschlag, weist jedoch gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von

¹ Die Besitz- und Aufwandsteuern umfassen die zweckgebundenen kantonalen Strassenverkehrssteuern, die für den Bund erhobenen pauschalen Schwerverkehrsabgaben sowie die Wasserfahrzeugsteuern.

1.5 Prozent auf. Die Hauptgründe für Mindererträge gegenüber dem Voranschlag liegen einerseits bei den tieferen Wertschriftenerträgen als Folge der wirtschaftlich schwierigen Situation und andererseits bei den höheren Kinderabzügen, welche sich mehr als erwartet auf die Nachzahlungen ausgewirkt haben. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2011 hat sich um 9.1 Mio. Franken auf 100.4 Mio. Franken reduziert.

- 2) Der Nettoertrag der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen weist gegenüber dem Voranschlag einen markanten Minderertrag von 36.4 Mio. Franken (-18.3%) aus. Auch gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Minderertrag in der Höhe von 8.1 Mio. Franken (-4.7%). Der Grund dieser grossen Abweichung liegt in der Tatsache, dass im Zeitpunkt der Ausarbeitung des Voranschlages die Prognosen eine wirtschaftlich positive Entwicklung aufzeigten und deshalb ein Gewinnanstieg von 17.5 Prozent eingerechnet wurde. Nebst der bereits sehr hohen Ausgangsbasis (Vorjahr) sind einmalige ausserordentliche Gewinne gänzlich ausgeblieben und einzelne Branchen haben sich rückläufig entwickelt. Aufgrund der tendenziell negativen Zukunftsprognosen bildeten die Unternehmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch vermehrt Rückstellungen, was den steuerbaren Gewinn entsprechend reduzierte. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2011 hat sich um 0.7 Mio. auf 8.0 Mio. Franken erhöht.
- 3) Der Nettoertrag der Quellensteuer liegt um 2.1 Mio. Franken bzw. 4.4 Prozent unter dem Voranschlag, weist jedoch gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 11.1 Prozent auf. Der Minderertrag gegenüber dem Voranschlag resultiert einerseits aufgrund der höheren Kinderabzüge analog der Einkommens- und Vermögenssteuern und andererseits aufgrund der Gemeindeanteile, welche höher als erwartet ausgefallen sind. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2011 hat sich um 0.2 Mio. Franken auf 3.8 Mio. Franken erhöht.
- 4) Der Nettoertrag der Grundstückgewinnsteuer liegt um 11.8 Mio. Franken bzw. 22.1 Prozent über dem Voranschlag und weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 21.5 Prozent auf. Durch die tiefen Zinsen sowie die Verunsicherung auf den Finanzmärkten wurde vermehrt im Liegenschaftsbereich investiert, was zu einem eigentlichen Immobilienboom führte. Sowohl die Anzahl Handänderungen als auch die Verkaufspreise haben dabei stark zugenommen. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2011 hat sich um 2.5 Mio. auf 5.6 Mio. Franken erhöht.
- 5) Der Nettoertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuern liegt um 3.1 Mio. Franken bzw. 6.7 Prozent unter dem Voranschlag und weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 2.1 Prozent auf. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind naturgemäss nur sehr schwer budgetierbar. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2011 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.0 Mio. Franken erhöht und liegt bei 4.3 Mio. Franken.
- 6) Der Nettoertrag der Steuerstrafen liegt um 0.3 Mio. Franken bzw. 8.3 Prozent unter dem Voranschlag und weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 6.1 Prozent auf. Es liegt in der Natur der Steuerstrafen, dass deren Erträge kaum prognostiziert werden können. Die Vorjahre haben gezeigt, dass die Ertragszahlen wesentlich von einzelnen grossen Fällen geprägt werden. Grössere Abweichungen bei den Erträgen sowohl gegen oben als auch gegen unten lassen sich kaum vermeiden. Der Steuerausstand der Steuerstrafen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0.1 Mio. Franken erhöht und liegt bei 2.1 Mio. Franken.
- 7) Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer liegt um 10.8 Mio. Franken bzw. 8.6 Prozent unter dem Voranschlag und weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 2.4 Prozent auf. Die Gründe dieser Mindereinnahmen liegen grösstenteils bei den Ertragsausfällen bei den Juristischen Personen. Der Steuerausstand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.1 Mio. Franken reduziert und liegt bei 4.9 Mio. Franken.

2.4.7 Vermögenserträge

Die Vermögenserträge (Kontengruppe 42) nehmen gegenüber dem Vorjahr um 15.2 Mio. Franken oder 5.9 Prozent ab. Der Ertragsüberschuss zwischen Vermögenserträgen und Passivzinsen (Kontogruppe 32) sinkt von 234.3 auf 188.5 Mio. Franken. Die einzelnen Ertragsarten zeigen folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Finanzvermögen			
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	2.3	1.6	- 0.7
421 Vermögenserträge aus Guthaben	19.1	18.3	- 0.8
422 Vermögenserträge aus Anlagen	7.6	6.7	- 0.9
423 Liegenschaftserträge	0.0	0.7	0.7
424 Gewinne auf Anlagen	- 1.0	4.2	5.1 ¹⁾
Verwaltungsvermögen			
425 Vermögenserträge aus Darlehen	0.4	0.4	0.0
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen	180.9	167.3	- 13.6 ²⁾
427 Liegenschaftserträge	47.3	42.2	- 5.1 ³⁾
Total	256.6	241.4	- 15.2

- 1) Die Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens ist massgeblich auf den Aufwertungserfolg von 3.6 Mio. Franken im Rahmen der Bildung des Dotationskapitals des Zentrums für Labormedizin zurückzuführen. Der Aufwertungserfolg wurde den Rückstellungen zugewiesen.
- 2) Der Rückgang bei den Vermögenserträgen aus Beteiligungen ist in erster Linie auf die tiefen Dividendenausschüttungen der St.Galler Kantonalbank (-5.7 Mio. Franken; Rückgang von Fr. 20 auf Fr. 18 pro Aktie) und der SAK (-5.9 Mio. Franken) zurückzuführen. Daneben lagen die Dividendenauszahlungen der Rheinsalinen unter dem Vorjahreswert, der neben der ordentlichen Dividende eine einmalige zusätzliche Dividende enthält (-2.3 Mio. Franken).
- 3) Die tieferen Liegenschaftserträge sind primär auf den Rückgang der Nutzungsentschädigungen im Bereich der Spitalbauten zurückzuführen.

2.4.8 Übrige Erträge

Regalien und Konzessionen (Kontengruppe 41): Die Erträge steigen um 1.5 Mio. Franken oder 10.8 Prozent an. Ausschlaggebend sind die Mehrerträge infolge der Anhebung der Wasserzinsen bei Wasserkraftanlagen, denen allerdings auch höhere Entschädigungen an die Gemeinden gegenüberstehen.

Entgelte (Kontengruppe 43): Die Erträge nehmen um 21.2 Mio. Franken oder 5.7 Prozent ab. Der Rückgang ist wiederum hauptsächlich auf die Auslagerung der Institute für klinische Chemie und Hämatologie bzw. Mikrobiologie und Immunologie ins Zentrum für Labormedizin zurückzuführen.

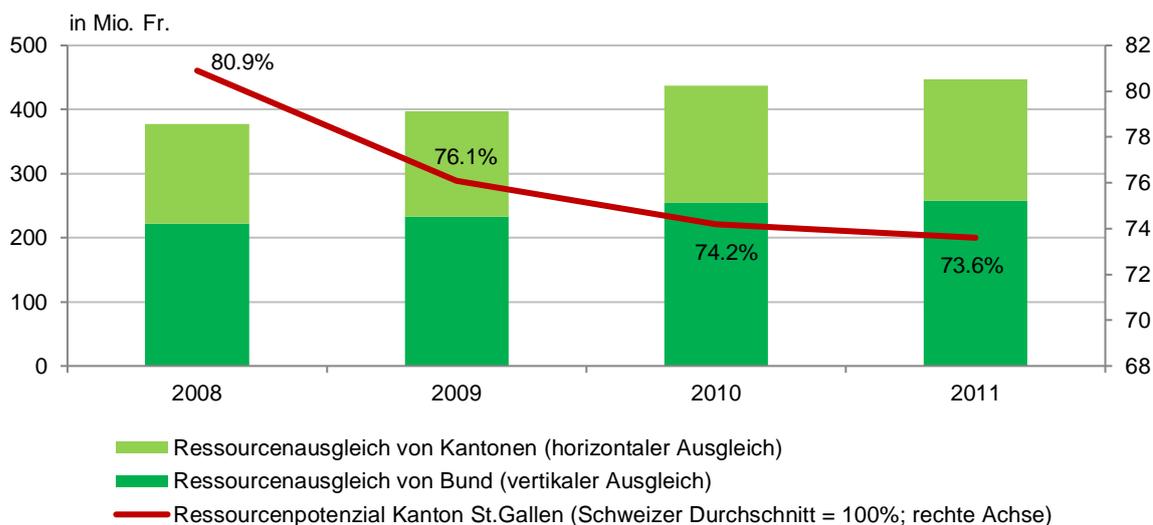
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44): Im Vergleich zum Vorjahr fallen die Erträge um 6.1 Mio. Franken oder 1.0 Prozent höher aus. Die Mehrerträge sind in erster Linie auf die höheren Ressourcenausgleichsbeiträge im Rahmen des nationalen Finanz- und Lastenausgleichs

(NFA) zurückzuführen (9.6 Mio. Franken). Rückläufig waren dagegen die Erträge aus dem Anteil an der direkten Bundesteuer (-3.7 Mio. Franken).
in Mio. Fr.

	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
440 Anteile an Bundeseinnahmen	176.1	173.3	- 2.7
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	25.5	24.7	- 0.8
447 Finanz- und Lastenausgleich	439.1	448.8	9.6
Total	640.7	646.8	6.1

Die Einnahmen aus dem im Jahr 2008 eingeführten nationalen Finanz- und Lastenausgleich sind im Jahr 2011 ein weiteres Mal gestiegen. Dies gilt sowohl für die Ressourcenausgleichsbeträge des Bundes wie auch für jene der Kantone (vertikale und horizontale Ausgleichskomponenten). Wie aus nachfolgender Grafik hervorgeht, sind diese Mehreinnahmen unmittelbare Folge des sinkenden Ressourcenpotenzials des Kantons St.Gallen im Vergleich zu den anderen Kantonen. Darin zeigt sich nicht zuletzt die unterdurchschnittliche Fähigkeit des Kantons, hohes bzw. zusätzliches Steuersubstrat anzuziehen.

Abbildung 6: Beträge aus dem Ressourcenausgleich und Ressourcenpotenzial 2008-2011



Rückerstattungen (45): Bei den Rückerstattungen des Gemeinwesens zeigt sich ein Mehrertrag von 4.9 Mio. Franken. Die Beitragsrückzahlungen der Gemeinden im Rahmen des kantonalen Finanzausgleichs nahmen aufgrund der besseren Rechnungsabschlüsse um 1.7 Mio. Franken zu. Ebenfalls zugenommen haben die Rückerstattungen des Bundes für die Gebietseinheit VI im Bereich der Nationalstrassen (+4.9 Mio. Franken). Rückläufig waren dagegen die Rückzahlungen des Bundes an das Amt für Arbeit entsprechend der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt (-2.0 Mio. Franken).

Beiträge für eigene Rechnung (46): Die laufenden Beiträge für die eigene Rechnung weisen ein Zunahme von 28.4 Mio. Franken auf, während die Investitionsbeiträge um 1.4 Mio. Franken steigen. Die Beiträge für die eigene Rechnung nehmen insgesamt um 6.8 Prozent zu. Veränderungen von über 3 Mio. Franken zeigen die nachfolgenden Rechnungsabschnitte:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Laufende Beiträge, davon	428.2	456.6	28.4
3051 Ergänzungsleistungen	76.6	73.4	- 3.2 1)
3052 Pflegefinanzierung	-	16.6	16.6 2)
4150 Amtsleitung ABB	43.4	48.4	5.0 3)
8200 Amt für Gesundheitsversorgung	120.3	128.4	8.1 4)
Investitionsbeiträge	7.4	8.7	1.4

- 1) Die Beitragssätze des Bundes für Ergänzungsleistungen zur AHV und IV fallen tiefer aus.
- 2) Die Mehrerträge folgen aus der per 1. Januar 2011 eingeführten Pflegefinanzierung. Die Gemeinden statten dem Kanton ein Drittel der Gesamtkosten für stationäre Pflegeleistungen zurück.
- 3) Im Amt für Berufsbildung sind die Bundesbeiträge für die Berufsbildung angestiegen.
- 4) Bei den Mehreinnahmen im Amt für Gesundheitsvorsorge handelt es sich um höhere Bundesbeiträge an die individuellen Prämienverbilligungen.

Defondierungen (48): Die Defondierungen fallen um 57.1 Mio. Franken oder 20.0 Prozent tiefer aus als im Vorjahr. Der Hauptgrund für diesen Rückgang liegt in dem um 75.8 Mio. Franken tieferen Bezug aus den Reserven. Während bei den freien Reserven der budgetierte Bezug im Vorjahr 225.0 Mio. Franken betrug, lag er im Jahr 2011 bei 125.0 Mio. Franken. Umgekehrt fällt im Jahr 2011 die Entnahme aus dem besonderen Eigenkapital höher aus, da neben der regulären Jahrestanche von 30.6 Mio. Franken zusätzliche 24.2 Mio. Franken für Gemeindevereinigungen bezogen werden.

Zugenommen haben die Fondentnahmen auch durch die Auflösung der Rückstellung von 18.3 Mio. Franken für die Risiken der Staatsgarantie der St.Galler Kantonalbank, mit der die Buchverluste auf den Aktien der Bank im Finanzvermögen kompensiert werden. Schliesslich ging im Hochbauamt die Bevorschussung von Projektierungskosten zurück.

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Defondierungen, davon	284.9	227.8	- 57.1
481 Entnahme aus Rückstellungen	1.8	21.7	19.9
488 Entnahme aus Eigenkapital	255.6	179.8	- 75.8
489 Bevorschussungen	26.1	20.8	- 5.3

2.4.9 Globalkreditinstitutionen

Spitäler (Rechnungsabschnitte 8230 bis 8233):

Die Geschäftsberichte der Spitalverbunde mit Jahresrechnung und Jahresbericht werden dem Kantonsrat gesondert zur Kenntnisnahme vorgelegt. In der Rechnung des Kantons erscheint nur der Globalkredit als Staatsbeitrag.

Die im Voranschlag 2011 bewilligten Globalkredite für die Spitalregionen belaufen sich auf 307.6 Mio. Franken. Die Nachkalkulation führt zu einer Globalkreditsumme von 309.8 Mio. Franken.

Den Spitalverbunden wird im laufenden Jahr der nachkalkulierte Globalkredit ausgerichtet. Im Vergleich zum Voranschlag entsteht somit ein Mehraufwand von 2.2 Mio. Franken.

Die tatsächlichen bzw. anrechenbaren Rechnungsergebnisse werden dem nachkalkulierten Globalkredit gegenübergestellt. Das führt für den Spitalverbund zu einer Abweichung. Für die einzelnen Spitalverbunde ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. Fr.	nachkalkulierter Globalkredit	anrechenbares Ergebnis	Überschuss (+) Verlust (-)
Spitalverbund 1 - Kantonsspital St.Gallen	199.9	198.7	+1.2
Spitalverbund 2 - Rheintal Werdenberg Sarganserland	54.4	54.2	+0.2
Spitalverbund 3 - Spital Linth	22.8	22.0	+0.8
Spitalverbund 4 - Region Fürstenland Toggenburg	32.7	32.4	+0.3

Positive Abweichungen des Rechnungsergebnisses (Überschüsse) werden bei den Spitalverbunden vorab zur Deckung allfälliger Verlustvorträge sowie zur Äufnung der Pflichtreserve verwendet. Der verbleibende Betrag wird den Spitalverbunden und dem Kanton je zur Hälfte gutgeschrieben. Umgekehrt hat sich bei negativen Abweichungen des Rechnungsergebnisses (Verluste) der Kanton zur Hälfte zu beteiligen. Im Jahr 2011 entsteht für den Kanton ein unter den Vermögenserträgen (Rechnungsabschnitt 5500) verbuchter Beteiligungsertrag von 1.1 Mio. Franken.

Psychiatrische Dienste (Rechnungsabschnitte 8215 und 8220):

Die im Voranschlag 2011 bewilligten Globalkredite der Psychiatrischen Dienste belaufen sich auf 58.1 Mio. Franken. Die Nachkalkulation führt zu einer Globalkreditsumme von 57.9 Mio. Franken. Die Voranschlagskredite werden somit um 0.2 Mio. Franken unterschritten.

in Mio. Fr.	nachkalkulierter Globalkredit	anrechenbares Ergebnis	Überschuss (+) Verlust (-)
St.Gallische Psychiatrie-Dienste - Sektor Süd	26.1	26.1	0.0
St.Gallische Psychiatrische Dienste - Sektor Nord	31.8	33.0	-1.2

Positive Abweichungen des Rechnungsergebnisses werden dem Kanton zur Hälfte gutgeschrieben. Umgekehrt hat sich der Kanton zur Hälfte an den Verlusten zu beteiligen. Im Jahr 2011 muss der Kanton demgemäss 0.6 Mio. Franken tragen, wobei der Betrag mit den vorhandenen Globalkreditrückstellungen grösstenteils gedeckt werden kann.

Zentrum für Labormedizin (Rechnungsabschnitt 8250):

Für das auf das Jahr 2011 verselbständigte Zentrum für Labormedizin (ZLM) wurde im Voranschlag 2011 eine Ertragsüberschussvorgabe von 0.9 Mio. Franken festgelegt. Die Nachkalkulation führt zu einer Erhöhung dieser Vorgabe auf 1.9 Mio. Franken. Das anrechenbare Rechnungsergebnis fällt mit 2.8 Mio. Franken nochmals höher aus, so dass ein Überschuss von 0.9 Mio. Franken resultiert.

Auch beim ZLM sind Überschüsse vorab zur Deckung allfälliger Verlustvorträge bzw. zur Äufnung der Pflichtreserve zu verwenden und der verbleibende Betrag zwischen dem ZLM und dem Kanton hälftig aufzuteilen. Für den Kanton ein entsteht dadurch ein Beteiligungsertrag von 0.4 Mio. Franken.

Waldregionen (Rechnungsabschnitte 2120 bis 2125):

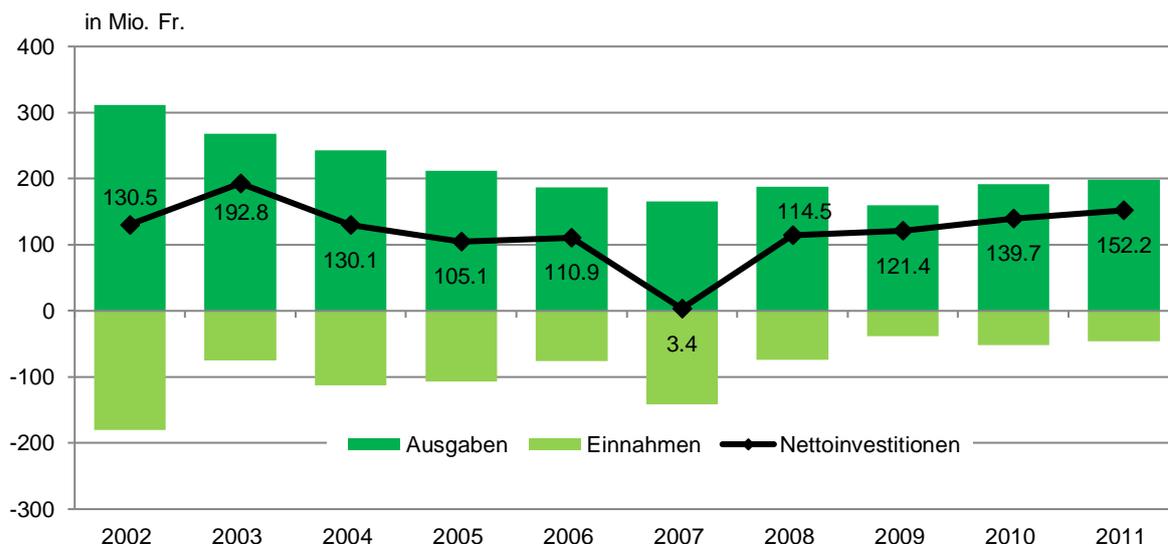
Für die Waldregionen 1 bis 5 wurden im Voranschlag 2011 gesamthaft 4.6 Mio. Franken bewilligt. Die Waldregionen werden nur teilweise vom Kanton finanziert. Deren Globalkredite werden im Gegensatz zu den anderen Globalkrediten nicht nachkalkuliert. Das tatsächliche Rechnungsergebnis unterschreitet den Voranschlagswert um 0.2 Mio. Franken. Der Betrag wird den Rückstellungen für das Globalkreditsystem zugewiesen (Rechnungsabschnitt 5506).

3 Investitionsrechnung

3.1 Übersicht

Mit einer Zunahme der Nettoinvestitionen um 12.5 Mio. Franken auf gesamthaft 152.2 Mio. Franken setzt sich im Jahr 2011 der Trend von steigenden Investitionen ab. Folgende Grafik zeigt die Investitionsausgaben und -einnahmen sowie Nettoinvestitionen der letzten zehn Jahre:

Abbildung 7: Investitionsausgaben und -einnahmen, Nettoinvestitionen 2002-2011



In der Investitionsrechnung werden jene Vorfälle verbucht, welche zu einer Veränderung des Verwaltungsvermögens führen. Dazu gehören Investitionen und Investitionsbeiträge, bei denen der Finanzbedarf zulasten des Staates mindestens 3 Mio. Franken beträgt, sowie alle Aufwendungen für den Strassenbau. Ebenfalls zur Investitionsrechnung gehören Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit Darlehen und Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Die Investitionsrechnung lässt sich somit in drei Bereiche unterteilen, die – auch wegen ihrer Bedeutung hinsichtlich Abschreibung und Verschuldung – einer unterschiedlichen Betrachtung bedürfen: (1) Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge, (2) Strassenbau, (3) Darlehen und Beteiligungen.

Die Investitionsausgaben für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge werden aus allgemeinen Mitteln planmässig über die beschlossene Abschreibungsfrist abgeschrieben. In der Regel sind dies 5 Jahre für Projekte mit Investitionskosten bis 9 Mio. Franken (= dreifacher Wert der für das allgemeine Finanzreferendum massgebenden Betragsgrenze), und 10 Jahre für Projekte mit einem Finanzbedarf von über 9 Mio. Franken. Aus der Höhe der aktivierten Investitionsausgaben für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge ergibt sich die aus allgemeinen Mitteln abzuschreibende Verschuldung (vgl. Abschnitt 4.5).

Der Strassenbau wird aus zweckgebundenen Mitteln finanziert. Abschreibungen bzw. der Abbau der Verschuldung im Strassenbau erfolgen nach Massgabe der verfügbaren Mittel im Strassenfonds; sie belasten den allgemeinen Haushalt nicht.

Darlehen und Beteiligungen werden nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Abschreibungen sind deshalb in der Regel nur vorzunehmen, soweit Verluste eintreten oder allenfalls

drohen. Eine Verschuldung im Sinn einer Verpflichtung, in kommenden Rechnungsperioden planmässige Abschreibungen vornehmen zu müssen, ist damit nicht verbunden.

Im Detail zeigt die Investitionsrechnung 2011 folgendes Ergebnis:

In Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011
Gesamtinvestitionen			
Ausgaben	191.5	289.1	198.4
Einnahmen	51.8	37.9	46.2
Nettoinvestition	139.7	251.1	152.2
Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge			
Ausgaben	142.2	220.5	136.0
Einnahmen	29.9	19.6	18.4
Nettoinvestition	112.2	200.9	117.6
Strassenbau			
Ausgaben	40.4	48.8	52.1
Einnahmen	20.1	16.6	26.0
Nettoinvestition	20.2	32.1	26.1
Darlehen und Beteiligungen			
Ausgaben	8.9	19.9	10.3
Einnahmen	1.7	1.7	1.8
Nettoinvestition	7.2	18.2	8.5

3.2 Abweichungen zum Voranschlag

Im Bereich der Investitionsrechnung werden jeweils im Rahmen des gesamten, durch den Kantonsrat beschlossenen Objektkredits geschätzte Auszahlungskredite budgetiert. Inwieweit sich die effektive Bautätigkeit und die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen mit der Planung decken, ist von vielen Faktoren abhängig. Die Reduktion der Nettoinvestitionen gegenüber dem Voranschlag 2011 von 98.9 Mio. Franken hat verschiedene Gründe:

Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge (-83.2 Mio. Franken): Für die tieferen Nettoinvestitionen sind geringere Investitionsausgaben (84.5 Mio. Franken) und gleichzeitig tiefere Investitionseinnahmen (1.2 Mio. Franken) verantwortlich. Die geringeren Ausgaben sind auf Verschiebungen und Verzögerungen laufender Projekte zurückzuführen. Darunter fallen:

- Kantonsschule Heerbrugg (-8.4 Mio.): Infolge Bauverzögerung von rund 8 Monaten wurden weniger Arbeiten ausgeführt.
- Kantonsschule Sargans (-7.0 Mio. Franken): Überarbeitung und Verschiebung des Projekts.
- Fachhochschule St.Gallen (-13.4 Mio. Franken): Bauverzug von 3 bis 5 Monaten. Ausstehende Rechnungen für Arbeitsgattungen mit hohen Kosten.
- Hochschule Rapperswil, Erneuerung und Erweiterung (-3.5 Mio. Franken): Verzögerung infolge der Verhandlungen über die Finanzierung mit den Kantonen Glarus und Schwyz.

- Verwaltungszentrum Oberer Graben (-4.9 Mio. Franken): 2 bis 3 Monate Bauverzug und ausstehende Rechnungen.
- Hochschule für Technik Buchs, Ersatzinvestitionen (-4.0 Mio. Franken, Investitionsbeitrag): Verschiebung des Projekts.
- Kantonsspital, Erweiterung Haus 24 (-13.5 Mio. Franken): Verzögerung infolge Einsprache im Baubewilligungsverfahren und grösserem Zeitbedarf für die Tiefbauarbeiten.
- Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude (-4 Mio. Franken): Verschiebung des Projekts.
- Naturmuseum St.Gallen (-7.0 Mio. Franken, Investitionsbeitrag): Verschiebung des Projekts.
- Kunstmuseum St.Gallen (-13.0 Mio. Franken, Investitionsbeitrag): Verschiebung des Projekts.
- Sicherheitsfunknetz POLYCOM (-3.2 Mio. Franken): Verzögerung bei der Inbetriebnahme.

Strassenbau (-6.0 Mio. Franken): Die tieferen Nettoinvestitionen sind einerseits auf geringere Investitionsausgaben bei den Kantonsstrassen im Umfang von 2.4 Mio. Franken zurückzuführen. Andererseits fielen die Einnahmen, namentlich jene des Bundes, höher aus (3.5 Mio. Franken).

Darlehen und Beteiligungen (-9.7 Mio. Franken): Die Minderausgaben für Darlehen sind im Wesentlichen auf nicht vergebene Darlehen im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) aufgrund von Projektverzögerungen zurückzuführen. Dazu gehören u.a. die Projekte Europuls Fussgänger- und Veloüberführung in St. Margrethen (1.4 Mio. Franken) oder Beschneigungsanlagen im Skigebiet Pizol (2.0 Mio. Franken).

3.3 Finanzierung

3.3.1 Finanzierungsausweis

Im Finanzierungsausweis werden Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung einander gegenübergestellt. Die Selbstfinanzierung ihrerseits ist die Summe aus den Abschreibungen und dem Saldo der laufenden Rechnung. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011
Nettoinvestitionen	139.7	152.2
abzüglich Abschreibungen	85.8	96.9
abzüglich Saldo laufende Rechnung	64.7	-64.8
Finanzierungsüberschuss	10.9	
Finanzierungsfehlbetrag		120.1

Wurde im Vorjahr noch ein Finanzierungsüberschuss von 10.9 Mio. Franken erzielt, weist das Jahr 2011 einen Finanzierungsfehlbetrag von 120.1 Mio. Franken auf. Dies gründet neben dem höheren Investitionsvolumen vor allem im negativen Rechnungsabschluss.

3.3.2 Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad als Kennzahl des harmonisierten Rechnungsmodells der öffentlichen Hand (HRM) errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen. Er gibt an, bis zu welchem Grad die Nettoinvestitionen durch selbst erarbeitete Mittel gedeckt sind. Aus dem Finanzierungsausweis errechnet sich für das Jahr 2011 ein Selbstfinanzierungsgrad von 21.1 Prozent.

In diesem Wert ist der budgetierte Eigenkapitalbezug nicht berücksichtigt. Wird dieser in die Berechnung miteinbezogen, ergibt sich ein deutlich negativer Selbstfinanzierungsgrad (-97.0 Pro-

zent). Dies zeigt, dass der Kanton seine Nettoinvestitionen im Jahr 2011 – wie schon im Vorjahr – nicht mit laufenden Erträgen, sondern nur mit Rückgriff auf die Reserven finanziert konnte.

	Selbstfinanzierungsgrad 2011	Korrigierter Selbst- finanzierungsgrad 2011
Nettoinvestition (A)	152.2	152.2
Abschreibungen (B)	96.9	96.9
Saldo laufende Rechnung (C)	-64.8	-64.8
Eigenkapitalbezug (D)	nicht berücksichtigt	179.8
Selbstfinanzierungsgrad [(B+C-D) : A]	21.1%	negativ

4 Bilanz

4.1 Übersicht

Die Hauptpositionen der Bilanz per 31. Dezember 2011 zeigen im Vergleich zur Vorjahresbilanz nachfolgende Veränderungen:

in Mio. Fr.	Bilanz per 31.12. 2010	Bilanz per 31.12. 2011	Veränderung
Aktiven	3 259.7	3 092.8	
Finanzvermögen	2 517.8	2 230.6	- 287.2
Verwaltungsvermögen	741.8	797.1	55.3
Aktivierete Globalkreditabweichungen	--	0.2	0.2
Bilanzfehlbetrag (Aufwandüberschuss)	--	64.8	64.8
Passiven	3 259.7	3 092.8	
Fremdkapital	1 858.9	1 838.4	- 20.5
Passivierete Globalkreditabweichungen	1.4	1.1	-0.3
Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	159.4	193.0	33.7
Kapital	1 240.0	1 060.2	-179.8

4.2 Finanzvermögen

Die Veränderung des Finanzvermögens von rund 287.2 Mio. Franken ist auf den Rückgang der flüssigen Mittel (-185.5 Mio. Franken) und der Guthaben (-84.6 Mio. Franken) zurückzuführen. Im Rechnungsergebnis 2011 sind neben dem Finanzierungsfehlbetrag von 120.1 Mio. Franken auch noch liquiditätsunwirksame Nettofondierungen (u.a. Einlagen und Entnahmen aus Rückstellungen und Eigenkapital) von 181.3 Mio. Franken enthalten.

Bei den Anlagen sind die wesentlichsten Veränderungen im Bereich der zur Rückzahlung fällig gewordenen festverzinslichen Wertpapieren (-28.6 Mio. Franken), die bereits erwähnte Bewertungskorrektur auf den Aktien der SGKB (-24.7 Mio. Franken) sowie dem Anstieg des vorsorglichen Landerwerbs (+37.8 Mio.) zu verzeichnen.

4.3 Verwaltungsvermögen

Die Veränderung des Verwaltungsvermögens ergibt sich aus den Nettoinvestitionen gemäss Investitionsrechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Der Nachweis für den bilanzierten Wert des Verwaltungsvermögens kann wie folgt erbracht werden:

in Mio. Fr.	Bilanz per 31.12. 2011
Verwaltungsvermögen per 31.12.2010	741.8
Nettoinvestition 2011	152.2
Abschreibungen 2011	-96.9
Verwaltungsvermögen per 31.12.2011	<u>797.1</u>

4.4 Eigenkapital

Das Ergebnis der laufenden Rechnung 2011 wird bis zur Rechnungsgenehmigung des Kantonsrates als separate Position unter dem Kapital ausgewiesen. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat, den Aufwandüberschuss von 64.8 Mio. Franken mit Mitteln des freien Eigenkapitals zu decken. Dieses weist danach einen Bestand von 528.3 Mio. Franken auf.

Daraus ergibt sich folgender Kapitalnachweis (in Mio. Fr.):

in Mio. Fr.	Freies Eigenkapital	Besonderes Eigenkapital	Total Eigenkapital
Stand per Ende 2010 (nach Zuweisung des Erfolgs 2010 von 64.7 Mio. Fr.)	718.2	521.8	1240.0
Entnahme Rechnung 2011	-125.0	-54.8	179.8
Stand Ende 2011 vor Erfolgsverbuchung	593.2	467.1	1060.2
Erfolg laufende Rechnung 2011	-64.8		-64.8
Stand Ende 2011	528.3	467.1	995.4

In den Vorjahren wurden 32.2 Mio. Franken des besonderen Eigenkapitals nicht bezogen. Im Jahr 2011 wurden davon 24.2 Mio. Franken für Gemeindevereinigungen verwendet, womit der Bestand an nicht bezogenen Mitteln auf 8.0 Mio. Franken sinkt. Unter Einbezug des noch möglichen einmaligen Vorbezugs einer Jahrestanche von 30.6 Mio. Franken ergibt sich per Ende 2011 ein Überschuss von 38.6 Mio. Franken gegenüber dem gesetzlich vorgegebenen Mindestbestand an besonderem Eigenkapital.

4.5 Verschuldung

Ein Mass für die Verschuldung der öffentlichen Hand ist die Höhe desjenigen Teils des Verwaltungsvermögens, der in den kommenden Rechnungsperioden planmässig aus allgemeinen Mitteln abgeschrieben werden muss. Zieht man von diesem Wert den Eigenkapitalbestand ab, erhält man die Nettoschuld als Kennzahl des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM). Im Fall des Kantons St.Gallen resultiert aus dieser Rechnung eine negative Nettoschuld, d.h. ein Nettovermögen:

In Mio. Fr.	Bilanz per 31.12. 2010	Bilanz per 31.12. 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Aus allgemeinen Mitteln abzuschreibendes Verwaltungsvermögen	218.8	265.6	46.8
- Hochbauten	184.5	222.7	38.2
- Technische Einrichtungen	- 6.8	- 4.9	1.9
- Investitionsbeiträge	41.1	47.8	6.7
Kapital	1 240.0	995.4	- 244.6
- Freies Eigenkapital	653.4	593.2	- 60.3
- Besonderes Eigenkapital	521.8	467.1	- 54.8
- Saldo der laufenden Rechnung	64.7	- 64.8	- 129.6
Nettovermögen	1 021.2	729.7	- 291.4

Die aus allgemeinen Mitteln abzuschreibende Verschuldung verändert sich im Ausmass der Differenz zwischen der Nettoinvestition (117.6 Mio. Franken) und den Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen (70.8 Mio. Franken). Sie steigt um 46.8 Mio. Franken auf 265.6 Mio. Franken. Die Gegenüberstellung des Eigenkapitalbestands

weist weiterhin auf ein Nettovermögen hin. Dieses sinkt im Vergleich zum Vorjahr allerdings um 291.4 Mio. Franken und weist per Ende 2011 neu einen Wert von 729.7 Mio. Franken aus.

In den vorstehenden Zahlen nicht enthalten ist die Verschuldung für den Strassenbau, die aus zweckgebundenen Mitteln abzuschreiben ist. Die Nettoinvestitionen von 26.1 Mio. Franken konnten im Berichtsjahr vollständig abgeschrieben werden; darüber hinaus konnten die zweckgebundenen Mittel des Strassenfonds um 31.0 Mio. Franken auf 145.9 Mio. Franken erhöht werden.

5 Sonderrechnungen

Die Sonderrechnungen umfassen das vom Staat verwaltete Drittvermögen. Sie lassen sich wie folgt gruppieren:

- Gebäudeversicherungsanstalt
- Personalversicherungskassen
 - Versicherungskasse für das Staatspersonal
 - Kantonale Lehrerversicherungskasse
- Legate und Stiftungen
- Staatsfonds
 - Irma- und Samuel-Teitler-Stiftung
 - Ernst-Schürpf-Stiftung (Stiftungsvermögen)
- Broderfonds
- andere Sonderrechnungen
 - durch das Amt für Finanzdienstleistungen verwaltete Vermögen
 - durch externe Rechnungsstellen verwaltete Vermögen

Die Rechnungslegung der Sonderrechnungen (Bilanz und Betriebsrechnung) erfolgt unter Abschnitt VI. der Rechnung. Hiervon ausgenommen ist die Gebäudeversicherungsanstalt, welche einen eigenen Geschäftsbericht erstellt. Soweit die Vermögensverwaltung nicht durch die Finanzverwaltung erfolgt, wird nur der Vermögensbestand ausgewiesen.

Die Gesamtbilanz der Sonderrechnungen (einschliesslich Gebäudeversicherungsanstalt) setzt sich wie folgt zusammen:

In Mio. Fr.	Bilanz per 31.12. 2010	Bilanz per 31.12. 2011	Veränderung in Mio. Fr.
Aktiven	6 308.0	6 440.9	
Flüssige Mittel	741.9	945.0	203.1
Laufende Guthaben	103.9	71.2	- 32.7
Anlagen	5 461.6	5 424.2	- 37.4
Transitorische Aktiven	0.7	0.5	-0.2
Passiven	6 308.0	6 440.9	
Laufende Verpflichtungen	101.7	98.5	- 3.2
Mittel- und langfristige Schulden	16.0	16.0	0.0
Rückstellungen	101.7	106.7	5.0
Transitorische Passiven	3.3	9.1	5.8
Eigenkapital	6 085.3	6 210.6	125.2

Das Eigenkapital der Sonderrechnungen liegt um 125.2 Mio. Franken über dem Vorjahreswert. Davon fallen 122.0 Mio. Franken auf die beiden Personalversicherungskassen sowie die Gebäu-

deversicherungsanstalt. Bei den übrigen Sonderrechnungen ist eine Zunahme von 3.2 Mio. Franken zu verzeichnen.

Die Sonderrechnungen weisen gegenüber dem Staat ein Guthaben von 28.1 Mio. Franken auf. Werden die Schulden miteingerechnet, so resultiert ein Nettoguthaben der Sonderrechnungen von 27.6 Mio. Franken (Vorjahr 29.3 Mio. Franken).

Die flüssigen Mittel nehmen um 203.1 Mio. Franken zu, auf einen leichteren Rückgang Bankguthaben (-45.6 Mio. Franken) und vor allem auf die stark gestiegenen Geldmarktanlagen (+248.8 Mio. Franken) zurückzuführen ist. Die Abnahme bei den laufenden Guthaben von 32.5 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die tieferen Verrechnungssteuer- und niedrigeren Kontokorrentguthaben beim Staat zurückzuführen. Die Anlagen der festverzinslichen Wertschriften liegen um 45.4 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert. Der Bereich der Aktien nahm um 47.6 Mio. Franken ab und die alternativen Anlagen 61.9 Mio. Franken zu. Die Anlagen in Liegenschaften haben sich netto um 6.4 Mio. Franken erhöht, d.h. die direkten Anlagen stiegen um 26.5 Mio. Franken und die indirekten Anlagen (Fonds) gingen um 20.0 Mio. Franken zurück.

Der Anteil der Sachwertanlagen (Liegenschaften, Aktien und alternative Anlagen) an den gesamten Aktiven sinkt leicht von 47.7 auf 47.0 Prozent; bezogen auf das Eigenkapital machen die Sachwertanlagen 48.8 Prozent (Vorjahr 49.4 Prozent) aus. Nicht diesen zugerechnet werden die sachwertgesicherten Grundpfanddarlehen (Hypotheken), die um 13.5 Mio. Franken oder 6.2 Prozent zurückgehen.

Die Schwankungsreserven auf den Wertschriften nehmen von 245.8 Mio. Franken auf 249.0 Mio. Franken zu.

6 Deckung des Rechnungsergebnisses

Nach Art. 64 Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes wird ein Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung wenn möglich durch freies Eigenkapital gedeckt. Das freie Eigenkapital ist durch Zuweisung des Ertragsüberschusses der laufenden Rechnung 2010 sowie der Entnahme zugunsten der laufenden Rechnung 2011 auf 593.2 Mio. Franken gesunken.

Nach Abzug des Aufwandüberschusses der laufenden Rechnung 2011 von Fr. 64'847'305.95 wird das freie Eigenkapital einen Stand von 528.3 Mio. Franken bzw. 49.2 Steuerprozenten aufweisen (Vorjahr: 718.2 Mio. Franken).

7 Antrag

Wir unterbreiten Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, folgende Anträge:

1. Die Rechnung 2011, umfassend die Verwaltungsrechnung, die Bestandesrechnung sowie die Sonderrechnungen, wird genehmigt.
2. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 64'847'305.95 wird mit Mitteln aus dem freien Eigenkapital gedeckt.

Im Namen der Regierung,
Die Präsidentin:
Karin Keller-Sutter

Der Staatssekretär:
Canisius Braun